

Kurz-Link: <http://www.faz.net/-01vcq8>

Anwesenheit in der Uni

Der zähe Abschied von der Präsenzpflcht

Studenten wollen selbst entscheiden, wo sie lernen. Deshalb haben sie an einigen Hochschulen die Abschaffung der Anwesenheitspflicht durchgesetzt. Dadurch ist die Lage vielerorts unübersichtlich geworden.

Von Steffen Eggebrecht



19. Mai 2011 Auf dem blauen Pullover von Ben Pleban prangt das Logo der Universität Rostock. Seit Oktober ist der 22 Jahre alte Student Referent des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta). Kurz nach seinem Amtsantritt wurde die Anwesenheitspflicht an der Hochschule abgeschafft. Bis dahin galt: Wer mehr als zweimal im Seminar fehlte, bekam keinen Schein. Doch sei es jetzt nicht einfacher geworden, beklagt Pleban. Zwei der neun Fakultäten in Rostock hielten nämlich an der alten Regel fest. „Dieses Chaos muss ein Ende haben“, fordert er und dringt gemeinsam mit anderen Studentenvertretern auf eine einheitliche Lösung.

Ähnlich genervt wie Pleban sind viele angehende Akademiker. Eine klare Regelung zur Anwesenheitspflicht fehlt vielerorts, oft wird sie von Dozenten individuell festgelegt. Das führt dazu, dass nicht nur Bundesländer oder Universitäten,

sondern auch Studiengänge innerhalb derselben Fakultät die Anwesenheit unterschiedlich handhaben. In Rostock habe es nie eine rechtliche Grundlage für die allgemeine Anwesenheitspflicht gegeben, erklärt Stefan Göbel, Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation. Darauf hatte die Hochschulleitung aber erst im Herbst in einem Rundschreiben hingewiesen - nachdem sich einige Studenten beschwert hatten. Göbel ist kein Befürworter einer Präsenzpflcht. Das Studium erfordere viel Selbstdisziplin, die sich jeder Student aneignen müsse, erklärt er und fügt hinzu: „Es führt zu weit, junge Erwachsene wie schulpflichtige Kinder zu behandeln.“

Andere Hochschulen verlangen hingegen eine allgemeine Präsenz; sie scheinen an der Motivation ihrer Studenten zu zweifeln. So interpretiert es Martin Winter vom Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. „Dahinter steht mitunter der Gedanke, dass die Studenten auf keinen Fall weniger als verlangt arbeiten und somit unverdient Leistungspunkte erhalten sollen.“ Offenbar werde die Anwesenheitspflicht als notwendiges Element der Bologna-Studienreform betrachtet und sei daher in den Studiengängen verankert worden. „Dies ist jedoch ein Irrtum“, sagt Winter. Eine solche Verpflichtung finde sich weder in den Bologna-Erklärungen noch in den Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz oder in den Landeshochschulgesetzen. „Dieses Verständnis der Bologna-Reform führte letztendlich zu einem verschulden Studium und einer Prüfungsflut - quasi als sich selbst erfüllende Prophezeiung“, sagt Winter.

Die Lockerung der Präsenzpflcht geht nicht immer reibungslos

Im Bildungsstreik vor eineinhalb Jahren wehrten sich die Studenten gegen die zu hohe Arbeitsbelastung und verlangten unter anderem die Abschaffung oder zumindest Lockerung der Präsenzpflcht. Ihre Forderung wurde von etlichen Hochschulen gehört, doch nicht immer reibungslos verwirklicht. An der Universität Leipzig zum Beispiel gebe es zwar nur noch in sehr wenigen Studienordnungen eine Anwesenheitspflcht, erklärt Simon Feldkamp vom Studentenrat. Dennoch machten einige Dozenten die regelmäßige Teilnahme zur Bedingung und verwehrten bei einem Verstoß die Zulassung zu Prüfungen. „In solchen Fällen klären wir unsere Kommilitonen auf und schalten uns im Zweifel ein“, sagt Feldkamp. Die Dozenten hätten meistens nichts mehr einzuwenden, wenn sie auf die Rechtslage hingewiesen würden. „Doch daran erinnern müssen wir sie regelmäßig und häufig“, beklagt Feldkamp.

Zum Thema

Das überwachte Studium
„Ich kann nicht monatelang
Foucault lesen“

An der Universität Konstanz wird nur empfohlen, auf die Anwesenheitspflcht zu verzichten. Eine Teilnahme werde aber kaum mehr erzwungen, berichtet Stephan Kühnle, der als Studentenvertreter im Senat der Uni sitzt. Lege ein Dozent eine Präsenzpflcht für sein Seminar fest, dann müsse er dies gegenüber dem jeweiligen Fachbereich

rechtfertigen.

Gegen die Präsenzpflcht spricht, dass die Anwesenheit kontrolliert werden muss, genauso wie die Ersatzleistungen, die ein Student bei Abwesenheit erbringen kann. Das kostet viel Zeit. An der Freien Universität Berlin werden sogar in Vorlesungen mit 200 Studenten Teilnahmelisten herumgereicht. Problematisch sei außerdem die Unterscheidung zwischen „aktiver“ und „passiver“ Teilnahme, sagt Arvid Peschel, Hochschulreferent des Berliner Asta. In manchen Veranstaltungen müssten die Studenten nicht nur passiv anwesend sein, sie müssten auch aktiv mitarbeiten. Sonst bekomme man keinen Leistungsschein, selbst wenn man alle Prüfungen bestanden habe.

Kontrollen mit extremen Zügen

In Rostock nahmen manche Kontrollen extreme Züge an. Ein Dozent der Erziehungswissenschaften überprüfte stichprobenartig die Personalausweise der Seminarteilnehmer. „Dies war nicht nur ein Eingriff in die Privatsphäre, sondern kostete ungefähr 10 bis 15 Minuten pro Sitzung“, sagt Asta-Referent Pleban. Um das Anwesenheitschaos zu beenden, müsse eine bessere Regelung her. „Wir wollen dabei aber keine Lizenz zum Fehlen durchsetzen, die künftige Lösung muss jedoch einheitlich und fair sein.“ Pleban befürwortet zum Beispiel Ersatzleistungen anstelle einer rigorosen Präsenz. Manche Dozenten lassen sich bereits darauf ein.

Gegen eine grundsätzliche Anwesenheitspflcht für Studenten wendet sich auch Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz. „Dies steht im Widerspruch zur Studierfreiheit und fördert nicht die Eigenverantwortung im Studium“, sagt sie. Für eine planvolle Ausbildung müssten Hochschulen eine regelmäßige Teilnahme aber auch verlangen können: vor allem für Praktika, Labortätigkeiten und für Veranstaltungen, in denen eine aktive Teilnahme notwendig sei. Doch muss ohne Anwesenheitspflcht die Lehre besser werden, um die Studenten in die Hochschulen zu locken? Das bezweifelt Wintermantel. „Denn mit Evaluationen wurden sie schon jetzt in die Gestaltung der Lehre mit einbezogen.“ Wintermantel warnt davor, eine Abschaffung der Präsenzpflcht mit einer Entlastung gleichzusetzen. Wenn Studenten nicht anwesend sein müssten, dann eigneten sie sich die entsprechenden Inhalte anderswo an, was ebenfalls Zeit kostete.

Eigenverantwortung und Freiwilligkeit sind für Hochschulforscher Winter die wichtigsten Voraussetzungen eines Studiums. „Die Abschaffung von Zwängen ist ein Hinweis darauf, für

wie mündig man sein Gegenüber hält.“ Wie am besten gelernt werde, hänge vor allem vom Studenten ab. Der eine lerne lieber alleine, der andere verinnerliche ein Thema besser im Dialog während eines Seminars. Zwang sei hingegen nicht erfolgversprechend. „Auf welche Weise ein Student sein Wissen oder seine Kompetenzen erwirbt, ist letztendlich egal“, sagt Winter. „Wichtig ist, dass er sie am Ende hat.“

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: F.A.Z./Tresckow

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben

Verlagsinformation

Mit Ihrem Job-Messenger von FAZjob.NET verpassen Sie kein Stellenangebot. Wir informieren Sie in „realtime“, täglich oder wöchentlich über neue Stellenangebote, die zu Ihrem Suchprofil passen. Jetzt kostenlos registrieren!

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2011
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.